



Auszug aus dem Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung der Gemeindevertretung am 29. September 2011

Für die Gemeinde Rangsdorf ist am 14. September 2011 ein neuer Geschäftsverteilungsplan in Kraft getreten. Die Geschäftsverteilung ist nach der Kommunalverfassung die originäre Aufgabe des Bürgermeisters. In den letzten acht Jahren haben die Stellen in der Gemeindeverwaltung selbst nicht zugenommen, gewachsen sind jedoch die Aufgaben der Mitarbeiter. Die Einwohnerzahl ist um mehr als 15 % gestiegen, die Kinderzahlen noch weitaus mehr. Die Gemeinde hat insgesamt mehr Bedienstete, vor allem in den Kitas und Schulen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Tendenz in den nächsten Jahren anhalten wird. Andererseits habe ich bereits im Jahr 2004 den Bildungsbereich zusammengeführt, d.h. Schulen, Kitas, Bibliotheken und Jugendarbeit in einem Amtsbereich konzentriert. Für die verbesserte Qualität der Bildung in Rangsdorf war dies – neben dem politischen Willen der Gemeindevertreter – eine wesentliche Voraussetzung. Der Ordnungs- und Sozialbereich hatte in der Zwischenzeit mehr als 70 % der Bediensteten der Gemeinde ausgemacht. Auch mit der Teilung des Ordnungs- und Sozialbereiches am 14.09.2011 gehören noch immer mehr als 60 % der Gemeindebediensteten zum Bereich des Amtes für Bildung und Sport. Dieser Amtsbereich gliedert sich allerdings nochmals durch die Kitas mit den jeweiligen Leiterinnen in verschiedene Einzelbereiche. Verbunden mit der Trennung des bisherigen Ordnungs- und Sozialamtes waren natürlich auch personelle Veränderungen. Frau Siems, die in den letzten Jahren im Bildungsbereich verschiedene Netzwerke aufgebaut hat, übernimmt die Leitung des Amtes für Bildung und Sport. Den Bereich Ordnungsamt übernimmt mit Frau Klünder, eine langjährige erfahrene Amtsleiterin der Gemeinde Rangsdorf. Neu als Amtsleiterin fungiert Frau Bahr, eine Diplom-Finanzwirtin (FH), als Kämmerin. Frau Bahr war bisher stellvertretende Kämmerin. Neu ist auch, dass es wieder einen Bauhofsleiter gibt. Anders als bis zum Jahr 2004 ist dieser nicht nur als Bauhofsleiter tätig. Herr Eckstein, der vor seiner Tätigkeit in der Gemeinde Rangsdorf als Bauleiter bei Tiefbaufirmen tätig war, wird innerhalb der Gemeindeverwaltung arbeiten und weiterhin für die Spielplätze und die Straßenunterhaltung – wozu unter anderem auch Zufahrten und Schachterlaubnisse zählen – zuständig sein. Die neue Geschäftsverteilung erfolgt ohne Einstellung von neuem Personal. Deshalb mussten verschiedene Aufgaben, an bisher in anderen Bereich tätigen Mitarbeiterinnen, übertragen werden. Die neue Geschäftsverteilung wurde Ihnen bereits als Ausdruck weitergeleitet. Die gesamten Veränderungen sind vorerst bis zum 28. Februar 2012 befristet. Bis Ende Januar 2012 muss eine Evaluierung erfolgen, deren Ergebnisse dann für eine dauerhafte Geschäftsverteilung berücksichtigt werden.

Die Kita in der Walther-Rathenau-Straße ist nach 10 Monaten Bauzeit fertig gestellt. Die Eröffnungsfeier soll morgen mit den Kindern stattfinden.

Die Bauarbeiten am „Roten Haus“ der Grundschule Rangsdorf liegen im Plan. Die Abdichtungen des Gebäudes von außen sind abgeschlossen. Im Inneren des Gebäudes laufen die Bauarbeiten. Wegen der fehlenden Baugenehmigung konnte der ersatzweise zwischen „Weißen Haus“ und Erwin-Benke-Sporthalle aufgestellte Schulcontainer erst verspätet in Betrieb genommen werden. In dem Schulcontainer wird wahrscheinlich bis zum I. Quartal des nächsten Jahres eine Klasse unterrichtet.

Die Grundschule Rangsdorf wird von der amtierenden Schulleiterin, Frau Knopke, geleitet und Frau Meinert, eine Lehrkraft, unterstützt sie dabei.

Neue stellvertretende Schulleiterin in der Grundschule Groß Machnow ist Frau Wilke, als Schulleiterin wurde Frau Schuster bestellt.

Für den nicht zum Schulkomplex gehörenden Anbau am Gutshaus „Salve“ – das sogenannte Verwaltergebäude – gibt es seit dieser Woche eine Baugenehmigung zum Umbau. Die Baugenehmigungserteilung hatte sich, wegen des historischen Wertes des Gesamtkomplexes, über längere Zeit hingezogen.

Der Ausbau des Grenzweges zwischen Großmachnower Allee und Reihersteg konnte im Sommer abgeschlossen werden. Der Ausbau der Großmachnower Allee zwischen Kienitzer Straße und Am Stadtweg ist ebenfalls fast abgeschlossen. Der Ausbau des Stadtweges zwischen Großmachnower Allee und Kienitzer Straße geht nun wieder zügig voran. Wer sich einmal die Zeit genommen und gesehen hat, wie viele Leitungen insbesondere im Kreuzungsbereich an der Großmachnower Allee ungeordnet und nebeneinander im Boden lagen, versteht, wie kompliziert diese Straßenbaumaßnahme ist. Ab 24. Oktober wird die Kienitzer Straße an der Kreuzung Am Stadtweg vollständig gesperrt. Zur Vorbereitung des Baus des Kreisverkehrs an dieser Stelle im nächsten Jahr werden in diesem Jahr verschiedene Medien umverlegt. Dazu wurde zwischen der Ladestraße und der Straße Am Stadtweg eine Umleitungsstraße errichtet. Vorbereitet wird derzeit gerade das Aufstellen einer Bauampel an der Kreuzung Weidenweg / B96. Ziel ist es, vor Beginn des Winters die Leitungen in der Kienitzer Straße umzuverlegen, um anschließend im Winter die Kienitzer Straße wieder öffnen zu können und nach Frostfreiheit für den Bau des Kreisverkehrs erneut zu sperren.

Die Straßenentwässerung in der Seebadallee und in der Großmachnower Straße wird so verändert, dass die nun wohl durch häufigeren Starkregen anfallenden Wassermengen auch ohne Überschwemmungen ablaufen können. Dazu wurde im Bereich der Zülowniederung ein Überlauf eingebaut, in der Seebadallee werden in den nächsten Wochen an den nördlich einmündenden Straßen Kasteneinläufe eingebaut.

Das Thema Autohof im Bereich der Kreuzung Klein Kienitzer Straße / B96 hat sich aus meiner Sicht erledigt. Von Ihnen wurde ich beauftragt zu recherchieren, welche Auswirkung Autohöfe an verschiedenen Standorten auf die Umgebung haben. Diesen Beschluss werde ich natürlich, sofern Sie dies heute nochmals fordern, umsetzen. Andererseits werde ich selbst keinen Autohof bauen, aber Ihnen auch kein entsprechendes Bauleitverfahren vorschlagen. Solch ein Bauleitverfahren, das sich mit verschiedenen Prüfungen und Abbruchmöglichkeiten in den unterschiedlichen Phasen des Verfahrens über Monate oder gar Jahre hinzieht, ist nur mit einer breiten Mehrheit in der Gemeindevertretung umsetzbar. Diese gibt es zum Autohof noch nicht einmal für einen Beginn eines Bauleitverfahrens, obwohl dieses vor Abschluss wieder abgebrochen werden könnte.

Alle Gemeindevertreter und auch in Rangsdorf wohnenden Berufskraftfahrer bitte ich, sich zu den anstehenden Problemen, die wir mit Lkw's in der Ortslage Rangsdorf haben, Gedanken zu machen. Wie die Gemeinde Rangsdorf hier mittelfristige Problemlösungen findet, wird Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Bauen und Naturreaumentwicklung am 11. Oktober 2011 im Rahmen der Behandlung der Petition zu der Straße Am Spitzberg sein.

Nachdem ich nun im Wahlkampf erfahren habe – durch Wahlkampfbroschüren - welcher Verband sich im Bereich der Kienitzer Straße in Bahnhofsnähe für Generationsübergreifendes- bzw. Altersgerechtes Wohnen in Rangsdorf engagieren möchte, habe ich den ASB (Arbeiter-Samariter Bund Regionalverband Mittel-Brandenburg e.V.) angeschrieben und auf den bestehenden Bebauungsplan im Bereich des roten Netto an der Kienitzer Straße hingewiesen. Zudem habe ich versucht, Kontakt mit den Grundstückseigentümern zu vermitteln. Gerade für altersgerechtes Wohnen gibt es seit mehreren Jahren Baurecht an dieser Stelle, ohne das sich bisher ein ernsthafter Interessent für eine Umsetzung des Baurechts gefunden hätte.

Zur Unterstützung der Laubentsorgung von den Straßenbäumen hat die Gemeinde Ende September an drei Stellen in der Gemeinde Container aufgestellt. Diese Lösung wurde ange-

nommen. Ende Oktober werden nochmals Container aufgestellt, danach werden wir die Unterstützung der Laubentsorgung in diesem Jahr mit Ihnen auswerten.

Auf Wunsch des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Bauen und Naturraumentwicklung vom 25. August 2011 habe ich die DB ProjektBau GmbH angeschrieben. Geplant ist noch in diesem Jahr das Planfeststellungsverfahren für die Eisenbahnüberführung in der Ortslage Rangsdorf (Straßentrog), mit der Auslegung des Planes zu beginnen. Mit Herrn Panier vom Verein Bisar e.V. haben wir die uns vorliegenden Unterlagen vom Januar zur Neutrassierung der Bahngleise und zu möglichen Standorten der Lärmschutzwand entlang der Bahnstrecke durchgesehen und festgestellt, dass westlich der Bahnstrecke zwischen Lärmschutzwand und Grundstücken fast durchgehend genügend Platz bleibt, um dort später ein S-Bahngleis bauen zu können. Nur in einem kleinen Bereich südlich der Frühlingsstraße ist eventuell eine spätere Umsetzung der Lärmschutzwand nötig. Auch für einen möglichen S-Bahnsteig bleibt genügend Platz, weil die beiden Durchfahrtsgleise fast an derselben Stelle bleiben wie heute. Da der Mittelbahnsteig und ein Gleis auf der Westseite jedoch zurückgebaut werden, wird in Zukunft auf der Westseite des Bahnhofs mehr Platz für einen S-Bahnsteig zur Verfügung stehen. Der noch vorhandene S-Bahnsteig, welcher allerdings zugewachsen ist, hat eine Breite von mehr als 10 Metern. Die Bahnhofsgestaltung werden wir im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens diskutieren müssen. Dabei ist insbesondere zu beachten, welche Lärmschutzmaßnahmen rechtlich vorgeschrieben sind. Da die Gleise im Bahnhofsbereich alle neu trassiert werden, greifen wahrscheinlich die Vorgaben des Bundesemissionsschutzrechtes wie bei Neuvorhaben. Dies wird in der Planfeststellungsunterlage näher erläutert werden. Dementsprechend wäre anschließend der Bahnhof gestaltbar. Nach Auskunft von Frau Schöneck von der DB ProjektBau GmbH werden sich mit der Vorlage der Planrechtsunterlage einige Fragen zum Ausbau des Bahnhofs aus planungsrechtlichen Gründen klären. Die Antwort per Mail erhalten Sie dem Bericht beigelegt, ebenso die E-Mail, die Ihnen bereits zur Niederschrift der Gemeindevertretung vom 30.06.2011 zugeleitet wurde.

In der Frage Fluglärmmessstation in Rangsdorf – dazu steht heute ein Antrag der SPD-Fraktion auf der Tagesordnung – ist der Beigeordnete im Landkreis, Detlef Gärtner, tätig geworden und hat bei den Berliner Flughäfen vorgesprochen. Daraufhin habe ich die zuständige Stelle bei den Berliner Flughäfen angeschrieben und mit der Stelle konkrete Termine vereinbart. Das Antwortschreiben der Berliner Flughäfen erhalten Sie in der Anlage. Es ist vorgesehen im Dezember an zwei Stellen, in Rangsdorf in Seenähe und in Groß Machnow Messungen durchzuführen, um den derzeitigen Zustand festzuhalten. Für die Vergleichsmessungen nach Inbetriebnahme des Flughafens ist jeweils für die Monate August in Rangsdorf und für den September in Groß Machnow eine Messung über einen Monat vorgesehen. Der Beschlussantrag der SPD-Fraktion ist damit aus meiner Sicht umgesetzt.

Ein Rangsdorfer Bürger hat an das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg geschrieben, wegen des Straßenverkehrslärms an der Bundesautobahn, auch im Zusammenhang mit dem Flughafenausbau in Schönefeld. Er hat gegenüber dem Ministerium eine Gesamtlärbetrachtung gefordert und Lärmschutzmaßnahmen auch an der Bundesautobahn, der Bundesstraße sowie der Bahnlinie gefordert. Die Antwort erhalten Sie beigelegt. Ich werde diese ohne Namen im nächsten Allgemeinen Anzeiger veröffentlichen. Da die Antwort sehr viele Fakten enthält, warum das Land Brandenburg an der Bundesautobahn bestimmte Lärmschutzmaßnahmen umsetzt bzw. nicht umsetzt, ist diese aus meiner Sicht von allgemeinem Interesse.

In den letzten Wochen gab es verschiedene Verwaltungsgerichtsverfahren. In einem Verwaltungsgerichtsverfahren zu einer Baumfällung wird ein Gutachten zur Standsicherheit des betreffenden Baumes angefertigt. Der Zustand der Kiefer ist in etwa typisch für viele Bäume in Rangsdorf. Die Kiefer ist so alt wie viele andere Bäume in Rangsdorf, steht in einem waldähnlichen Gebiet, mit fast noch geschlossener Baumkronendecke. Je nach Ausgang des Gerichtsverfahrens wird die Gemeinde Rangsdorf ihre Praxis zur Erteilung der der Baumfällge-

nehmigungen und eventuell auch die Baumschutzsatzung anpassen müssen. In der Sache werde ich weiter berichten.

Wegen der Zweitwohnungssteuer gab es einen Gerichtstermin mit 17 verschiedenen Verfahren vor der zuständigen Kammer beim Verwaltungsgericht Potsdam. Das Verwaltungsgericht hat einen Vergleich angeregt. Grundtenor des Verwaltungsgerichts war, dass die Satzung der Gemeinde Rangsdorf nicht zu beanstanden, aber faktisch nicht anwendbar ist, da es für Erholungsgrundstücke keinen Mietmarkt als Vergleichsmarkt gibt. Es wurde vorgeschlagen, in Zukunft pauschalisierte Steuersätze in die Zweitwohnungssteuersatzung aufzunehmen, die wegen der möglichen Rückwirkung für die Kläger keine Besserstellung bedeuten könnten. Deshalb erfolgte der Vorschlag des Gerichts, sich zu den anhängigen Verfahren bis zum Jahr 2011 im Vergleich zu verständigen. Zu weiteren Auswirkungen aus dem Verfahren in der Gemeinde Rangsdorf werde ich im nichtöffentlichen Teil berichten.

Das Gerichtsverfahren gegen den Landkreis Teltow-Fläming wegen der Baugenehmigung des Spielplatzes am Jütenweg wurde in einem Vor-Ort-Termin durchgeführt. Dabei hat der Richter darauf hingewiesen, dass nach der neuen geltenden Rechtslage die Aussichten der Kläger auf Ungültigkeit der Baugenehmigung sehr gering sind. Andererseits wurde vom Richter angeregt, sich mit den Klägern zu verständigen. Für eine zeitliche Einschränkung der Spielmöglichkeiten, z.B. am Sonntag den Spielplatz zum Teil oder ganz geschlossen zu halten, hat sich der Vorsitzende des Kreistages, Christoph Schulze, an dem Tag eingesetzt. Von Seiten der Kläger wurde gewünscht, dass bei einem Versuch einer Einigung der Vorsitzende des Kreistages in ihrem Interesse anwesend sein soll. Die Gemeinde Rangsdorf hatte einen Umbau des Spielplatzes ohnehin erwogen, wollte jedoch noch den Ausgang des Verfahrens abwarten, um nicht doppelte Baukosten zu haben. Der Teilnehmerkreis bzw. der Kreis von Personen, die an diesem Einigungsversuch teilnehmen wollen ist so groß, dass ich mich entschlossen habe, statt einer Beratung eine Einwohnerversammlung am 24. Oktober 2011 zu diesem Thema durchzuführen. Die Einwohnerversammlung wird in der Aula der Oberschule stattfinden. Von Seiten der Verwaltung werden wir einen Umbauvorschlag für den Spielplatz vorstellen.

Weil dies vor kurzem angeregt wurde: Die Ansiedlung von niedergelassenen Ärzten ist derzeit im Landkreis Teltow-Fläming nur sehr begrenzt möglich. Nach der Liste der Kassenärztlichen Vereinigung vom Mai dieses Jahres wäre im Kreis nur eine Ansiedlung von Hausärzten unbeschränkt möglich. Außerdem könnten sich ein Augenarzt und ein Psychotherapeut, der ausschließlich Kinder und Jugendliche behandelt, niederlassen. Andere Fachärzte, wie Orthopäden oder Kinderärzte würden keine Zulassung bekommen.

In der Fluglärmkommission am Montag gab es keine wesentlichen Neuigkeiten. Der Bogen um den Rangsdorfer See für startende Flugzeuge nach Westen, die Richtung Osten weiter fliegen wollen wurde größer, weil ein Punkt bei Thyrow überflogen werden soll. Andererseits wurde für die Flugzeuge die nach Osten starten und nach Westen weiter fliegen wollen, die Kurve vor der A 113 enger, so dass die Flugzeuge in Höhe Groß Machnow ca. 100 m tiefer fliegen werden. Andererseits wurde betont, dass konkrete Lärmbelastungen nur anhand der tatsächlich später geflogenen Routen innerhalb der erlaubten Korridore ermittelt werden können.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS hat am Dienstag getagt. Der Sitz des Verbandes wurde zum 1. Oktober 2011 verändert. Der Verband zieht in neue Räume und ist dort ab dem 10. Oktober 2011 erreichbar.

Neue Anschrift:

KMS Zossen
Berliner Allee 30-32
Ortsteil Wünsdorf
15806 Zossen
Tel. 033702/2006-0

Zudem wurde festgelegt, im nächsten Jahr eine Organisationsuntersuchung in Auftrag zu geben. Dabei soll unter anderem auch geprüft werden, ob der Verband aufgelöst oder mit einem anderen Verband zusammengeschlossen werden soll. Nach dem Votum der Stadt Zossen sollen diese Untersuchung die Mitgliedskommunen bezahlen. Zur Sache werde ich Ihnen im Oktober eine Beschlussvorlage vorlegen.

gez. Rocher